

nektierenden Gebieten leben, von den mehr als 20.000, die es laut dem von den Israelis in Taba vorgelegten Plan wären, auf praktisch Null und (3) die Ablehnung einer Annexion irgendwelcher Teile der Siedlungsgebiete *Maale Adumim* oder *Givat Ze'ev* in der Nähe Jerusalems“. Aronson merkte dazu an, der Plan sei ein „historischer und diplomatischer Meilenstein“, da es der erste offizielle Vorschlag von Seiten der Palästinenser war, in dem diese akzeptierten, dass Israel Teile der besetzten Gebiete annektieren würde. Dr. Ron Pundak, Direktor des *Peres Centre for Peace* in Tel-Aviv und eine der zentralen Persönlichkeiten beim Friedensprozess von Oslo, behauptet: „Im Hinblick auf die heiklen Themen palästinensische Flüchtlinge und Rückkehrrecht erarbeiteten die Unterhändler einen Entwurf, in dem nicht nur die Parameter und das Vorgehen für eine Lösung festgelegt wurden, sondern auch ganz klar hervorgehoben wurde, dass durch die Umsetzung des Entwurfs der jüdische Charakter des Staates Israel nicht gefährdet würde“. (2001:44) Außerdem ist Pundak der Ansicht, die Gespräche hätten zu „großen Fortschritten bei allen wichtigen Fragen“ geführt“. (2001:44)

## Die Sharon-Regierung

Am 6. Februar 2001 gewann Ariel Sharon die Wahlen in Israel und versprach, vor Beendigung der Intifada würde es keine neuen Verhandlungen mit den Palästinensern geben. Genau eine Woche später starb einer von Arafats Leibwächtern von der „Force 17“, Massud Ajad, beim Angriff eines israelischen Kampfhubschraubers. Damit war er der erste offizielle Vertreter, der seit der Ermordung von Thabet Thabet, dem Generalsekretär der *Fatah* und Generaldirektor des palästinensischen Gesundheitsministeriums am Silvestertag, getötet wurde. Die Ermordung von Thabet war weltweit verurteilt worden, da Thabet enge Verbindungen zu israelischen Friedensaktivisten unterhielt. (*Guardian*, 14. Februar 2001) Am 19. Februar wurde dann Muhammad al-Madani, ein junger Anführer der *Hamas*, in Nablus ermordet. Kurz danach entschied sich die israelische Labor-Partei in einer Abstimmung dafür, sich mit

der Likud-Partei zu einer Regierung der nationalen Einheit zusammenzuschließen, in der Ariel Sharon Premierminister und Schimon Peres Außenminister wurde. Anfang März sprengte sich ein Palästinenser in der Küstenstadt Netanja selbst in die Luft, wobei 3 israelische Zivilisten getötet und 60 weitere verletzt wurden. Dies war der erste Selbstmordanschlag in Israel seit Beginn der Intifada.

Die zunehmende Gewalt führte dazu, dass sich Parteien von außen versuchten einzuschalten, um die Lage zu stabilisieren. Am 27. März brachten die blockfreien Staaten im Sicherheitsrat die Resolution SC/7040 ein, in der man forderte, dass UN-Beobachter in die besetzten Gebiete entsandt würden, um die palästinensischen Zivilisten zu beschützen. Die einzige Stimme gegen die Resolution kam von den USA, die von ihrem Veto-Recht Gebrauch machten. Auch die Europäische Union kritisierte die israelische Regierung für ihren „unverhältnismäßigen“ Einsatz von Gewalt und forderte sie auf, den Bau illegaler Siedlungen in den besetzten Gebieten zu beenden. (*Guardian*, 22. Mai 2001) Viele Menschenrechtsorganisationen äußerten sich ähnlich und kritisierten vor allem den Einsatz israelischer Kampfhubschrauber gegen Zivilisten.

Die Gewaltakte gingen den ganzen Sommer über weiter. Die israelische Seite startete eine Reihe von Angriffen auf palästinensische Städte und Dörfer und ermordete weiter politische und militärische Führer der Palästinenser. 40 von ihnen starben allein in jenem Sommer bei Raketenangriffen aus israelischen Kampfhubschraubern. Einfache Palästinenser und bewaffnete Mitglieder der palästinensischen Sicherheitskräfte lieferten sich Gefechte mit der israelischen Armee. Außerdem gab es eine Reihe von Selbstmordanschlägen in Israel. Beim schwersten davon kamen am 1. Juni in der „Dolphinarium-Diskotheek“ in Tel-Aviv 19 junge Israelis ums Leben. *Amnesty International* verurteilte diesen Anschlag umgehend und bezeichnete die Ermordung dieser Teenager als „schockierend und verwerflich“. Weiter hieß es von Seiten von AI: „Es kann zu keiner Zeit irgendeine Rechtfertigung für Angriffe auf Zivilisten geben“. (*Amnesty International*, 2001e) Bis Ende August 2001 waren durch die Intifada 154 Israelis, davon 28 Minderjährige, und 495 Palästinenser, davon 123 Minderjährige, ums Leben gekommen. (*B'Tselem*, 2003b)

Nach den Angriffen vom 11. September in New York traf sich Jassir Arafat am 26. September mit Schimon Peres zu dem Versuch, eine Waffenruhe auszuhandeln, doch auch damit konnte das Blutvergießen nicht gestoppt werden. In den letzten Monaten des Jahres 2001 gingen das

Töten, die Selbstmordanschläge und die israelischen Angriffe auf palästinensische Städte immer weiter, wobei es – besonders auf palästinensischer Seite – viele Tote gab. Am 16. Oktober 2001 ermordeten Mitglieder der PFLP den ultrakonservativen israelischen Minister Rehavam Ze'evi in einem Hotelzimmer in Jerusalem. Laut Aussagen der Gruppe handelte es sich dabei um einen Racheakt für die Ermordung eines ihrer Anführer bei einem Angriff eines Kampfhubschraubers am 27. August. Die Ermordung des israelischen Ministers, der sich für eine gewaltsame Vertreibung aller Palästinenser aus dem Westjordanland und aus dem Gaza-Streifen ausgesprochen hatte, zog eine heftige Rüge seitens des Weißen Hauses nach sich. Von dort hieß es: „Es ist an der Zeit, dass die *Palästinensische Autonomiebehörde* energischer gegen die Terroristen vorgeht. Bloße Worte sind zu wenig.“ (Ari Fleisher; zitiert im *Guardian*, 17. Oktober 2005) Daraufhin ermordeten die israelischen Streitkräfte eine Reihe führender Palästinenser und marschierten in Bethlehem, Ramallah, Nablus und Jenin ein, wobei eine große Zahl an Palästinensern, sowohl Kämpfer als auch Zivilisten, viele davon Kinder, ums Leben kamen. Außerdem flog die IDF mit ihren F-16-Kampffliegern eine Reihe von Luftangriffen auf palästinensische Städte. Zwischen September und Dezember 2001 fielen der Intifada 13 israelische Soldaten, 61 israelische Zivilisten (8 davon Minderjährige), sowie 241 palästinensische Kämpfer und Zivilisten (42 von ihnen Minderjährige) zum Opfer.

Dieses Muster der Gewalt setzte sich auch in den ersten Monaten des Jahres 2002 unverändert fort. Der März und April bildeten hier einen erneuten Höhepunkt, da es in diesen Monaten wieder eine verhältnismäßig hohe Zahl von Selbstmordattentaten innerhalb Israels gab. Daraufhin besetzten die Israelis erneut mehrere Städte im Westjordanland, darunter Nablus, Jenin, Ramallah und Bethlehem, wo viele Palästinenser in der Geburtskirche Zuflucht vor der Verfolgung durch die IDF gesucht hatten. Nachdem sein Hauptquartier in Ramallah von israelischen Panzern und Bulldozern größtenteils zerstört worden war, wurde Palästinenserführer Jassir Arafat dort vier Wochen lang von den Israelis belagert. Allein im März und April kamen in dem Konflikt 66 israelische Soldaten, 100 israelische Zivilisten (13 von ihnen Minderjährige) und 495 Palästinenser (47 davon Minderjährige) ums Leben. Was die Invasion in Jenin anging, so war diese heiß umstritten. Die Palästinenser hatten zunächst behauptet, es habe ein „Massaker“ gegeben, dem Hunderte Zivilisten zum Opfer gefallen waren, doch diese Behauptungen

wurden später eher kritisch betrachtet. Ungeachtet dieser Tatsache waren die Verluste sehr hoch: 23 israelische Soldaten und 57 Palästinenser, davon etwa die Hälfte Zivilisten, kamen ums Leben und große Teile des Flüchtlingslagers von Jenin wurden zerstört.

In einem von *Amnesty International* vorgelegten Bericht über die Invasionen in Jenin und Nablus wurden Behauptungen, die israelische Armee hätte während militärischer Operationen „rechtswidrigen Tötungen“ begangen, Menschen „gefoltert“ und Palästinenser als „menschliche Schutzschilde“ benutzt sowie „medizinische Hilfe und die Lieferung von Lebensmitteln und Wasser blockiert und [fremdes] Eigentum zerstört“, genauer untersucht. Die Autoren des Berichts kamen zu folgendem Schluss:

Die IDF hat Taten begangen, die gegen internationale Menschenrechtsbestimmungen verstießen und einige dieser Taten stellten ernsthafte Verstöße gegen die Vierte Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten aus dem Jahr 1949 und Kriegsverbrechen dar. (*Amnesty International*, 2002b)

In einem UN-Bericht hieß es, die Zahl der zivilen Todesopfer bei der erneuten Besetzung von Nablus durch die Israelis sei doppelt so hoch gewesen wie im Falle von Jenin und insgesamt seien zwischen dem 1. März und dem 7. Mai 2002 497 Palästinenser getötet und 1.500 verwundet worden. (*Guardian*, 2. August 2002) Im Juli 2002 kam es zu einem besonders umstrittenen Zwischenfall: israelische Kampffjets bombardierten ein Wohngebiet in Gaza-Stadt und töteten dabei neben 15 weiteren Palästinensern, neun davon Kinder, auch Salah Schehadeh, den Gründer des militärischen Flügels der *Hamas*. Der israelische Premierminister Ariel Scharon bezeichnete die Aktion als „großen Erfolg“, von Javier Solana, dem „Außenminister“ der EU, wurde die Aktion jedoch „scharf verurteilt“. Die Kritik seitens der USA fiel dafür deutlich milder aus: Ari Fleischer, der Sprecher des Weißen Hauses, beschrieb die Aktion als „ungeschickt“. (*Ha'aretz*, 23. Juli 2002)

Im Jahr 2002 gab eine Gruppe israelischer Soldaten und Offiziere eine öffentliche Erklärung ab, in der sie ihren Unwillen zum Ausdruck brachten, in den besetzten Gebieten Dienst zu tun. In der Erklärung hieß es, der „Preis für die Besetzung“ sei der „Verlust des menschlichen Wesens der IDF und die Korruption der gesamten israelischen Gesellschaft“

und sie [die Unterzeichner] würden „nicht länger außerhalb der Grenzen von 1967 dafür kämpfen, ein ganzes Volk zu beherrschen, zu vertreiben, auszuhungern und zu erniedrigen“. (*Ha'aretz*, 25. Januar 2002) Diese Erklärung bildete den Ausgangspunkt für die *Seruv-Bewegung* (Seruv = Verweigerung), die sich ganz klar gegen die Siedlungspolitik und die Beteiligung an der Besetzung palästinensischer Gebiete durch den Militärdienst aussprach. Der Erklärung der ersten Gruppe folgte im September 2003 der Brief einer Gruppe von 27 Elitekampffliegern, in welchem diese erklärten, sie würden nicht länger Operationen in den besetzten Gebieten ausführen: „Wir, die man den Staat Israel zu lieben gelehrt hat, weigern uns, an Luftangriffen auf Zentren der Zivilbevölkerung teilzunehmen. Wir weigern uns, unschuldigen Zivilisten Leid zuzufügen“. (*Guardian*, 25. September 2003) Im Juni 2002 begann Israel mit dem Bau einer Sperranlage, die sich quer durch die besetzten Gebiete ziehen sollte. Die israelische Regierung behauptete, diese Sperranlagen seien notwendig, um das Eindringen von Selbstmordattentätern nach Israel zu verhindern. Aronson dagegen vertritt die Ansicht, dass durch diese Absperrung eine De-facto-Grenze geschaffen werden soll, mit deren Hilfe Israel sich etwa 50 Prozent des Westjordanlandes einverleiben kann, während die Palästinenser „durch Grenzen, die auf den Siedlungsblocks basieren, voneinander und von den palästinensischen Staatsbürgern in Israel getrennt“ wären. (*Report on Israeli Settlements in the Occupied Territories*, Juli/August 2003) Auch die israelische Menschenrechtsorganisation *B'Tselem* (2003c) hat den Bau der Sperranlagen verurteilt, da man davon ausgeht, sie würden 210.000 Palästinensern „direkten Schaden zufügen“, einige Dörfer in „isolierte Enklaven“ verwandeln und die Palästinenser wären damit von ihrem Ackerland und ihren Dörfern abgeschnitten und ihrer Lebensgrundlage beraubt.

Ebenfalls im Juni veröffentlichten die USA Erklärungen, in denen sie darauf bestanden, die Palästinenser müssten sich einen neuen Anführer wählen und ihre Institutionen reformieren, bevor man ihnen einen eigenen Staat gewähren würde. Bei einer Rede in Washington sagte Präsident Bush: „Sobald das palästinensische Volk neue Anführer und neue Institutionen hat und neue Sicherheitsregelungen mit seinen Nachbarn getroffen hat, werden die Vereinigten Staaten von Amerika die Schaffung eines Palästinenser-Staates unterstützen“. Er fügte hinzu: „Für den Frieden braucht es eine neue, andere palästinensische Führung, damit ein palästinensischer Staat aus der Taufe gehoben werden kann“. Diese

Aussagen verärgerten die palästinensischen Vertreter, die nicht der Ansicht waren, dass die USA überhaupt das Recht hätten zu entscheiden, wen die Palästinenser zu ihrem Anführer wählen sollten. Der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erekat dazu: „Palästinenserführer schweben nicht an Fallschirmen vom Himmel, weder von Washington aus, noch von sonst irgendwo. Sie werden vom palästinensischen Volk gewählt“. (*Guardian*, 25. Juni 2002) Die Quintessenz der amerikanischen Erklärung war, dass die US-Administration ihre seit langem erwartete „Road-Map“ für den Frieden nicht vorlegen würde, bevor Arafat nicht einen Ministerpräsidenten ernannt und einen großen Teil seiner Befugnisse abgegeben hätte. Nachdem weiter massiv Druck auf ihn ausgeübt wurde, kündigte Arafat schließlich die Bildung eines neuen Kabinetts mit der Einführung von Mahmud Abbas als palästinensischem Ministerpräsident für April 2003 an.

Kurz danach stellten die Amerikaner ihre „Road-Map“ vor, die sie in Zusammenarbeit mit der EU, den vereinten Nationen und Russland ausgearbeitet hatten. Darin wurde die Errichtung eines Palästinenser-Staates im Westjordanland und im Gaza-Streifen bis zum Jahr 2005 gefordert. Der Plan sollte in drei Stufen umgesetzt werden. Für die erste war die Beendigung jeglicher Gewalt seitens der Palästinenser vorgesehen, außerdem die Reformierung der politischen Strukturen der Palästinenser, der Abriss der nach März 2001 gebauten Siedlungsvorposten durch die Israelis sowie ein stufenweiser Rückzug Israels aus Teilen der besetzten Gebiete. In der zweiten Stufe sollte eine internationale Friedenskonferenz stattfinden und ein provisorischer Palästinenser-Staat errichtet werden. Die dritte und letzte Stufe sollte schließlich die Lösung der hartnäckigsten Probleme beinhalten, wie den Grenzverlauf, die Flüchtlingsfrage und den Status von Jerusalem. Überdies sollten die arabischen Staaten Friedensverträge mit Israel abschließen.

Bereits kurz danach, Ende Juni 2003, riefen *Hamas*, *Islamischer Dschihad* und *Fatah* einen 3-monatigen Waffenstillstand aus, um Spielraum für Verhandlungen zu schaffen. Angesichts der Tatsache, dass die IDF weiterhin palästinensische Kämpfer und Zivilisten tötete und die palästinensische Seite die Selbstmordanschläge in Israel wieder aufnahm, hielt der Waffenstillstand jedoch nicht lange. Nachdem die Tötungen auf beiden Seiten wieder eskalierten, trat Mahmud Abbas am 6. September nach einem kurzen, aber entscheidenden Machtkampf mit Jassir Arafat als Ministerpräsident zurück. Sein Nachfolger, Ahmed Kurei,

wurde bereits am nächsten Tag vereidigt. Die Selbstmordanschläge und die Ermordung palästinensischer Anführer gingen weiter und der Stellvertretende Ministerpräsident Israels, Ehud Olmert, drohte öffentlich mit der Ermordung von Jassir Arafat. Diese Äußerung wurde von der britischen Regierung und von Teilen der *Knesset* jedoch verurteilt. Die linke Meretz-Partei war der Ansicht, dies sei die Strategie der Likud-Partei, um Zwei-Staaten-Lösung zu verhindern: „Wenn man Arafat vertreibt, überlässt man damit der *Hamas* das Feld, und so dumm ist die Regierung nicht. Das ist eine Strategie, damit alles bleibt, wie es ist und es keine Zwei-Staaten-Lösung gibt.“ (*Guardian*, 15. September 2003)

Im Oktober 2003 trafen einige linke israelische Politiker und palästinensische Führer zusammen und unterzeichneten die Genfer Initiative, eine alternative Vision für einen Friedensschluss, in der die Parameter für eine Beilegung des Konflikts detailliert festgeschrieben wurden. Dazu gehörte auch die Errichtung eines Palästinenser-Staates fast im gesamten Westjordanland und Gaza-Streifen, die Aufgabe der Siedlungen, das Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge – jedoch nicht nach Israel, sondern in den zukünftigen Palästinenser-Staat – sowie die Teilung Jerusalems. Mehrere Führer aus aller Welt, unter ihnen auch Bill Clinton, unterstützten diese Initiative, die israelische Regierung jedoch lehnte sie kategorisch ab. Gegen Ende des Jahres 2003 verurteilten die europäische Union, die UN-Generalversammlung und UN-Generalsekretär Kofi Annan den Bau der israelischen Sperranlagen und zwischen September 2003 und Ende Januar 2004 kamen weitere 25 israelische Soldaten, 36 israelische Zivilisten (davon 5 Minderjährige) und 169 Palästinenser (davon 42 Minderjährige) bei gewaltsamen Zwischenfällen um.

Als Ariel Scharon Anfang Februar 2004, mitten in einer Untersuchung wegen Korruptionsvorwürfen, verkündete, es gäbe Pläne, alle jüdischen Siedlungen im Gaza-Streifen aufzugeben, da diese ein Sicherheitsrisiko darstellten, schockierte er selbst die Mitglieder seines eigenen Kabinetts. Im darauf folgenden Monat töteten die Israelis den querschnittsgelähmten geistigen Führer der *Hamas* Scheich Jassin sowie drei Umstehende durch Beschuss mit mehreren Raketen. Zum Zeitpunkt des Angriffs wurde Jassin gerade zum Morgengebet in seiner Moschee in Gaza gebracht. Weniger als einen Monat später wurde sein Nachfolger, der Kinderarzt Abdel Asis Rantisi, gemeinsam mit zwei Beratern durch einen Raketenangriff auf sein Auto in Gaza getötet. Die Europäische Union

und die UN verurteilten den Angriff, die USA dagegen waren der Ansicht, Israel habe das Recht, sich zu verteidigen. Kurze Zeit später deutete Ariel Scharon an, es sei auch möglich, dass Israel Jassir Arafat töten würde. Inzwischen gingen die Selbstmordanschläge innerhalb Israels und die israelischen Angriffe auf palästinensische Städte und Dörfer weiter. Zwischen März und Mai 2004 kamen weitere 16 israelische Soldaten, 17 israelische Zivilisten (davon 4 Minderjährige) und 245 Palästinenser (davon 69 Minderjährige) ums Leben. Besonders viele Todesopfer gab es, nachdem die IDF im Flüchtlingslager Rafah einmarschiert war und dort massive Zerstörungen angerichtet hatte. Nach heftiger Kritik aus allen Teilen der Welt zog die IDF Ende Mai 2004 schließlich ab.

Im April 2004 gab es auch Veränderungen geradezu seismischen Ausmaßes in der offiziellen Haltung Amerikas zu diesem Konflikt. Jahrzehntlang hatte diese darin bestanden, an den Parametern der UN-Resolution 242 festzuhalten. Man hatte erwartet, dass Israel sich auf die Grenzen von vor 1967 zurückziehen würde und dass die Frage nach dem „Rückkehrrecht“ für die Palästinenser durch eine Verhandlungslösung geregelt würde. Des Weiteren ging man davon aus, dass die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten ein „Hindernis für den Frieden“ darstellten. Doch am 14. April 2004 verkündete Präsident Bush neben dem israelischen Premierminister Ariel Scharon stehend einen radikalen Kurswechsel in der offiziellen politischen Haltung der USA, als er sagte: „Angesichts neuer Gegebenheiten vor Ort, darunter auch die bereits bestehenden großen israelischen Bevölkerungszentren, ist es unrealistisch zu erwarten, dass das Ergebnis der End-Verhandlungen in einer vollständigen Rückkehr zu den Waffenstillstandslinien von 1949 bestehen wird“. (*Washington Post*, 15. April 2004) Außerdem lehnte Präsident Bush ein Rückkehrrecht für die vertriebenen Palästinenser nach Israel ab und sagte, sie sollten stattdessen in einem zukünftigen Palästinenser-Staat wieder angesiedelt werden.

Dieser Schritt der USA zur Legitimation der wichtigsten Siedlungsblocks Israels in den besetzten Gebieten und zur Ablehnung des „Rückkehrrechts“ nach Israel für die palästinensischen Flüchtlinge wurde sowohl von führenden palästinensischen als auch europäischen Politikern verurteilt. So sagte der französische Präsident Jacques Chirac, Bushs Aussage habe ein „unseliges und gefährliches Beispiel“ gesetzt, und wies diesen Wandel in der politischen Haltung zurück. Der irische Außenminister Brian Cowen (und damalige Präsident des Rats der Europäischen

Union; Anm. d. Übers.) äußerte sich ähnlich und sagte: „Die EU wird Veränderungen im Grenzverlauf im Vergleich zu den Grenzen von vor 1967 nicht anerkennen, es sei denn, die beiden Parteien hätten sich in Verhandlungen darauf geeinigt.“ (*Guardian*, 16. April 2004)

Jon Leyne, Korrespondent der *BBC* in Washington, sagte, dieser Schritt habe die Palästinenser verärgert, weil Washington damit im Grunde „jedem zukünftigen Verhandlungsführer der Palästinenser den Boden unter den Füßen weggerissen hatte, indem man ihre Forderungen zurückgewiesen hatte, noch bevor die Gespräche überhaupt begonnen hatten“. Weiter fügte er hinzu: „Auf welche Konzessionen kann ein palästinensischer Unterhändler denn jetzt als Gegenleistung beispielsweise für die Aufgabe des Rückkehrrechts noch hoffen, nachdem ja nun klar ist, dass Washington dies ablehnt?“. Leyne ist der Meinung, Bush sei bei seiner Kehrtwende stark von der pro-israelischen Lobby in Amerika beeinflusst worden, zu der auch viele christliche Fundamentalisten gehören, auf deren Unterstützung die Republikaner maßgeblich bauen:

Es sieht so aus, als sei er vom „Bulldozer“, wie Sharon auch genannt wird, überrollt worden. Und wie könnte er sich im Wahljahr auch gegen die Israel-Lobby stellen? Doch der israelische Führer rannte offene Türen ein. In der schwarz-weiß gezeichneten Welt von Präsident Bush sind die Israelis die Guten und die Palästinenser – oder zumindest ihre Anführer – die Bösewichte. [...] Die Erklärung vom Mittwoch wird Bush ganz sicher auch im eigenen Land zu Gute kommen, nicht nur bei der jüdischen Lobby, sondern auch bei den christlichen Fundamentalisten, die einen wichtigen Teil seiner Basis darstellen, bei den republikanischen Hardlinern und natürlich auch bei den Demokraten, die bei den letzten Wahlen 90 % der jüdischen Wählerstimmen für sich verbuchen konnten. (*BBC Online*, 14. April 2004)

Im Gegensatz zu vielen führenden europäischen Politikern, die den Wechsel in der politischen Haltung der USA zu dem Konflikt verurteilten, begrüßte Tony Blair ihn sogar, was dazu führte, dass eine Koalition aus 52 ehemaligen britischen Diplomaten in bisher nicht gekannter Weise Kritik übten. In einem offenen Brief schrieben sie: „Unsere Bestürzung angesichts dieses rückwärts gerichteten Schritts wird noch durch die Tatsache verstärkt, dass Sie selbst ihn zu begrüßen scheinen und damit die Prinzipien aufgegeben zu haben scheinen, die seit fast vierzig

Jahren die Grundlage für die internationalen Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens im Heiligen Land bilden.“ Weiter hieß es: „Es gibt keinen Grund, eine Politik zu unterstützen, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt ist“. (*The Times*, 26. April 2004)

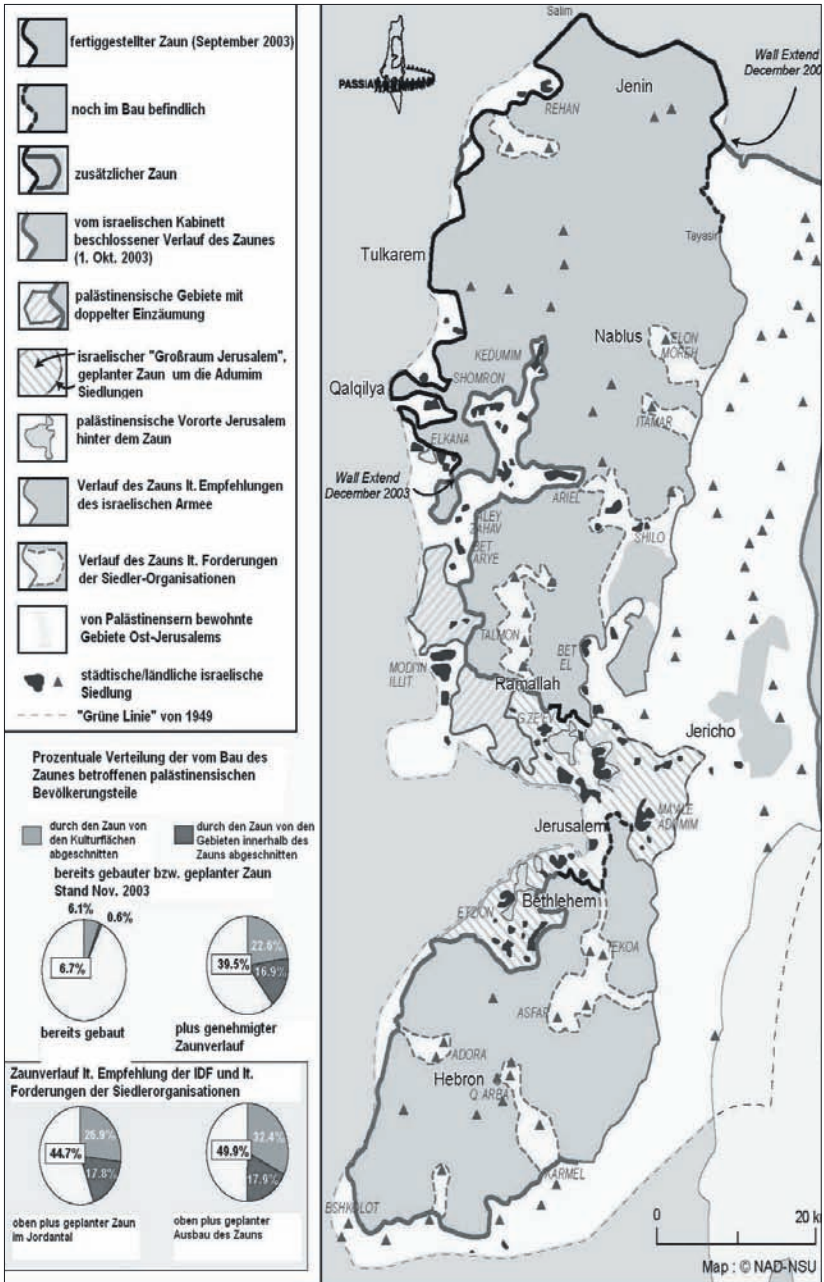
Im Juli 2004 verkündete der Internationale Gerichtshof sein schon lange erwartetes Urteil zu den Sperranlagen, die Israel tief in den besetzten Gebieten gebaut hatte. Das Gericht entschied mit 14 Stimmen zu 1, dass diese Sperranlagen gegen internationales Recht verstoßen, und die einzige Gegenstimme stammte von dem amerikanischen Richter. In der Entscheidung des Gerichts hieß es, der Gerichtshof sei „nicht davon überzeugt, dass es zur Erreichung der Ziele Israels für seine Sicherheit notwendig war, dass die Sperranlagen dem spezifischen Verlauf folgten, den Israel vorgesehen hatte“ und der Bau der Sperranlagen habe dazu geführt, dass in hohem Maße palästinensischer Besitz konfisziert oder zerstört wurde, was einen direkten Verstoß gegen die Vierte Genfer Konvention darstellte. Außerdem wurde durch das Urteil der illegale Charakter der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten erneut bestätigt und festgestellt, dass die Gefahr besteht, dass durch den Bau der Sperranlagen Teile der besetzten Gebiete „*de facto* annektiert würden“. Der Gerichtshof erklärte in seinem Urteil, Israel sollte die Sperranlagen abreißen und sei „verpflichtet, Reparationen für jedwede Schäden zu leisten, die durch den Bau der Sperranlagen in den besetzten palästinensischen Gebieten entstanden sind“. Weiter sprach das Gericht die Empfehlung aus, dass die UN-Generalversammlung und der UN-Sicherheitsrat sich damit beschäftigen sollten, welches Vorgehen notwendig wäre, um Israel dazu zu zwingen, der Gerichtsentscheidung Folge zu leisten.

Die Europäische Union unterstützte die Entscheidung des Gerichts, die Amerikaner jedoch wiesen sie mit der Begründung zurück, die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Sperranlagen sollten durch bilaterale Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern beigelegt werden. Die Israelis argumentierten dahingehend, dass der Internationale Gerichtshof in der Frage der Sperranlagen rechtlich nicht zuständig war, dass die Entscheidung des Gerichts unausgewogen war und dass die Sicherheitsbedenken Israels darin nicht ausreichend gewürdigt worden waren. Der israelische Sprecher Raanan Gissin erklärte: „Ich glaube daran, dass diese Resolution, nachdem sich all der Groll gelegt hat, ihren Platz im Papierkorb der Geschichte finden wird. Der Gerichtshof hat

eine ungerechte Entscheidung gefällt und Israel das Recht zur Selbstverteidigung abgesprochen“. (*Guardian*, 10. Juli 2004)

Nach einer Äußerung von Dov Weisglass, einem der engsten Berater von Premierminister Scharon, in einem Interview mit Ari Shavit von der *Ha'aretz* brachen Anfang Oktober 2004 heftige Kontroversen los. In dem Interview hatte Weisglass erklärt, die israelische Regierung sei Ende 2003 wegen einer Reihe aktueller und zukünftiger politischer Entwicklungen sehr besorgt gewesen. Zu diesen Entwicklungen gehörten unter anderem die große Unterstützung für die Genfer Initiative in der Bevölkerung, aber auch die stagnierende Wirtschaft, die wachsende Zahl berühmter „Verweigerer“ und die Möglichkeit, dass in Zukunft starker internationaler Druck auf Israel ausgeübt werden könnte, endlich eine Verhandlungslösung mit den Palästinensern zu finden. Weiter sagte Weisglass, ein Abzug aus dem Gaza-Streifen würde gewissermaßen als „Formaldehyd“ dienen; die „Road Map“ würde eingefroren, „sodass es letztlich keinen politischen Prozess zusammen mit den Palästinensern gäbe“:

In Zusammenarbeit mit dem Management der Welt [den Vereinigten Staaten] habe ich eine Möglichkeit gefunden sicherzustellen, dass es hier keine Stoppuhr geben wird und keinen Zeitplan zur Verwirklichung des Alptraums der Siedler. Ich habe diesen Alptraum auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Denn letzten Endes habe ich mich mit den Amerikanern darauf geeinigt, dass Teile der Siedlungen überhaupt nicht angetastet würden und der Rest erst dann, wenn sich die Palästinenser in Finnen verwandeln. Das ist die Quintessenz dessen, was wir getan haben. Das Wichtige dabei ist das Einfrieren des politischen Prozesses. Und wenn man diesen Prozess einfriert, verhindert man damit die Errichtung eines Palästinenser-Staates und eine Diskussion über die Flüchtlingsfrage, den Grenzverlauf und über Jerusalem. Im Grunde ist damit das ganze Paket mit dem Namen Palästinenser-Staat und alles, was damit in Zusammenhang steht, bis auf unbestimmte Zeit von unserer Tagesordnung verschwunden. Und all das mit Ermächtigung und Erlaubnis. Alles mit dem Segen des Präsidenten und nach Ratifizierung durch beide Häuser des Kongresses. Was hätten wir mehr erwarten können? Und was hätte man den Siedlern mehr geben können? (*Ha'aretz*, 8. Oktober 2004)



Karte 8: Der Schutzzaun im Westjordanland, Dezember 2003

Am 29. Oktober 2004 erkrankte Jassir Arafat plötzlich und wurde mit dem Hubschrauber in Krankenhaus in Frankreich ausgeflogen, wo er zwei Wochen später starb. Die Bedeutung, die sein Tod hatte, und das Erbe, das er nach fast vierzig Jahren als Anführer der Palästinenser hinterließ, waren bei Politikern und Beobachtern stark umstritten. Viele der israelischen Beobachter äußerten sich sehr kritisch. Tommy Lapid, der israelische Justizminister, sagte, es sei „gut, dass die Welt ihn los ist [...] jetzt scheint die Sonne wieder über dem Nahen Osten“. (*BBC Online*, 11. November 2004) Der israelische Historiker Michael Oren beschuldigte Arafat in einem Artikel in der *Washington Post* mit dem Titel *Arafat without Tears: The Terrorist Statesman Took Peace Nowhere* (dt. etwa: Keine Tränen für Arafat: Der terroristische Staatsmann hat den Frieden nicht vorangebracht; Anm. d. Übersetzers), die Einstellung seines Volkes zu Israel vergiftet und den Friedensprozess kaputt gemacht zu haben:

Der ganze Spannungsbogen im Image von Arafat – vom Terroristen hin zum Friedensnobelpreisträger und wieder zurück zum Terroristen – hat sich tief in das Bewusstsein der israelischen Öffentlichkeit eingegraben. Ein Großteil eben dieser Öffentlichkeit ist inzwischen überzeugt, dass Arafat nie die Absicht hatte, Frieden zu schließen, sondern Oslo nur dazu benutzt hat, den „stufenweisen Plan“ der Palästinensischen Befreiungsorganisation aus dem Jahr 1974 umzusetzen, in dem die allmähliche Zerstörung Israels durch eine Kombination aus Gewaltakten und diplomatischem Vorgehen gefordert wurde. Tatsächlich gibt es eine solide Mehrheit in Israel, die inzwischen der Ansicht ist, dass Arafat sein eigenes Volk so vergiftet hat, dass die Chancen für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen sehr gering sind – egal ob mit ihm oder ohne ihn, und dass Israels einzige Option darin bestand, sich hinter einem Zaun zu verstecken, der die Israelis von den Palästinensern trennt, bis die Palästinenser eine rechtmäßige Führung haben, die in der Lage ist, Frieden zu stiften. (*Washington Post*, 14. November 2004)

Alan Dershowitz' in der *Jerusalem Post* veröffentlichte Kritik an dem Palästinenserführer fiel sogar noch harscher aus. Er beschrieb Arafat als den „Paten des internationalen Terrorismus, der die Hoffnungen seines Volkes auf einen eigenen Staat selbst zerstört hat“ und „die [palästinensischen] Kinder mit so viel Hass indoktriniert hat, dass sie sich bereitwillig in menschliche Bomben verwandelt haben“:

Arafat war persönlich verantwortlich für die Ermordung Tausender unschuldiger Israelis, Hunderter unschuldiger Araber und zahlloser anderer Menschen. Ebenso wie andere ethnisch motivierte Schlächter vor ihm empfand er ein Vergnügen dabei, jüdische Kinder zu töten, wie er es bei mehreren gut geplanten Angriffen auf israelische Schulen und Kindertagesstätten tat. Er befahl außerdem persönlich die Ermordung Hunderter Vertreter seines eigenen Volkes, die nicht einer Meinung mit ihm waren oder mit Israel kollaborierten. Da er andere Meinungen grundsätzlich nicht tolerierte, ließ er in der Auseinandersetzung mit seinen Kritikern eher Kugeln als Argumente für sich sprechen. Arafat war eine Inspiration für Osama bin Laden, weil er seinem eifrigen Schüler zeigte, dass Terrorismus funktionieren kann und dass Terroristen in einer feigen Welt Lob und Anerkennung erfahren können, wie es bei Arafat so lange und von so vielen Seiten der Fall war. Arafat war keiner jener Anführer, die sich wie Nelson Mandela vom Terroristen zum Friedensstifter wandeln. Er hat nie gelernt, ein „Ja“ als Antwort zu akzeptieren und hat jede Chance genutzt, eine solche zu verpassen. (*Jerusalem Post*, 12. November 2004)

Doch nicht alle Israelis waren so unversöhnlich in ihrer Kritik Arafats. Uri Avnery vertrat die Meinung, der Palästinenserführer sei für die meisten Israelis die Personifizierung der gesamten Gewalt dieses Konflikts gewesen und aus diesem Grunde seien sie nicht in der Lage gewesen, die Konzessionen und Kompromisse anzuerkennen, die er zur Beendigung des Konflikts gemacht hatte:

Jeder Konflikt schafft eine große Menge an Stereotypen und Vorurteilen und sehr viel Hass und Angst. Und all dieser Hass, die Ängste und vielleicht auch die Schuldgefühle, weil wir unsere Nationalfabrik auf den Ruinen des palästinensischen Volkes aufgebaut haben, all das projizierten wir auf Jassir Arafat. Es sind Millionen von Worten geschrieben worden, mit denen man ihn verdammt, doch ich kann mich nicht an 100 Worte erinnern, mit denen man ihn gelobt hätte. Es kann nicht angehen, dass es nicht ein Wort des Lobes über einen Menschen gibt. Er war der Initiator von Oslo, er hat Israel anerkannt. Es muss doch etwas Gutes an dem Mann gegeben haben, der auf 77 % von dem verzichtete, was vor 1948 Palästina war und sich mit 22 % zufrieden gab. In den Darstellungen war er kein bloßer Gegner, sondern ein Monster. Man

zeichnete das Bild eines großen Feindes und er hätte doch ein starker Partner sein können. (*Jerusalem Post*, 11. November 2004)

Einige andere Beobachter und politische Führungskräfte bewerteten Arafats Leben sogar positiv. So bezeichnete ihn der malaysische Premierminister Abdullah Ahmad Badawi als „großen Führer“, der „den Menschen aus allen Teilen der Welt wegen seines Muts und seiner Entschlossenheit, sich trotz schlechtester Chancen für die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes einzusetzen und sie zu verteidigen, in Erinnerung bleiben wird“. (*BBC Online*, 11. November 2004) Der ehemalige Präsident Südafrikas, Nelson Mandela, beschrieb ihn als „einen der herausragenden Freiheitskämpfer dieser Generation, einer, der sein gesamtes Leben der Sache der Palästinenser gewidmet hat“. (*BBC Online*, 11. November 2004) David Hirst lieferte im *Guardian* eine nuancierte Bewertung des Lebens und von Arafat sowie seines Vermächnisses. Er schreibt, Arafat habe eine entscheidende Rolle dabei gespielt, dass sich die Palästinenser nach den Niederlagen von 1948 und 1967 wieder aufrappelten, nach 1990 jedoch sei seine Führung sehr schwach gewesen. Hirst kritisierte ihn unter anderem dafür, dass er Folter und Misshandlung in der *Palästinensischen Autonomiebehörde* instituiert und zugelassen hat, dass seine wirtschaftlichen Berater „ein marodes, nepotistisches Gebäude aus Monopolen, Schiebereien und offener Erpressung“ errichteten, „mit dessen Hilfe sie immer reicher wurden, während der Großteil der Gesellschaft immer mehr verarmte“. Doch ebenso wie bei Edward Said richtete sich auch bei Hirst die heftigste Kritik gegen die Entscheidung Arafats, die Bedingungen der Abkommen von Oslo zu akzeptieren, durch die nach Hirsts Ansicht nicht nur Israel stark bevorteilt wurde, sondern auch die im internationalen Recht verankerten Rechte der Palästinenser untergraben wurden:

Er war ebenso sehr ein Kollaborateur wie ein Befreier. Durch die Abkommen von Oslo war eine Reihe von Interims-Abkommen vorgesehen, die am Ende zu Gesprächen über den endgültigen Status der besetzten Gebiete und zur Beilegung der noch offenen Fragen führen sollten. Ein israelischer Beobachter sagte über das erste davon: „wenn man sich einmal die ganzen hochtrabenden Phrasen und bewussten Fehlinformationen, die Hunderte rechtsverdrehender Abschnitte und Unterabschnitte, Anhänge und Protokolle genau durchliest, dann erkennt man

ganz deutlich, dass die Palästinenser eine furchtbare Niederlage einstecken mussten, während der Sieg der Israelis vollkommen war.“ So ging das sechs Jahre lang, noch lange nachdem klar war, dass dieser „Impuls“ nicht für ihn arbeitete, sondern gegen ihn. Und es konnte auch gar nicht anders sein, denn durch dieses Abkommen, durch das die Gewalt verboten, die Rechtsprechung der UN zu diesem Konflikt mit Füßen getreten und die von jeher pro-israelischen USA als einziger Vermittler in diesem Friedensprozess eingesetzt wurden, verschob sich das Kräftegleichgewicht mehr denn je zugunsten Israels. Durch die Interims-Abkommen, mit deren Hilfe er sein Konzept des „endgültigen Status“ hatte vorantreiben wollen, wurden stattdessen nur die Vorstellungen der Israelis gefördert. (*Guardian*, 11. November 2004)

Am 9. Januar 2005 traten die Palästinenser in den besetzten Gebieten an die Wahlurnen und wählten Mahmud Abbas, den Kandidaten der *Fatah*, zu ihrem Präsidenten. Zwei Wochen später, am 23. Januar 2005, stimmten *Hamas* und *Islamischer Dschihad* zu, die Angriffe auf Israel auszusetzen, um Abbas Zeit zu geben, mit den Israelis eine Waffenruhe auszuhandeln. Dies gelang schließlich am 8. Februar 2005 bei einem Treffen zwischen Abbas und Scharon in Scharm el-Scheich (Ägypten), bei dem sich beide Seiten nicht nur auf eine Waffenruhe einigten, sondern auch über die Bedingungen für die Freilassung palästinensischer Gefangener und den Rückzug der israelischen Truppen aus den palästinensischen Bevölkerungszentren. Nach dem Gipfel beschwerte sich die *Hamas*, bei den Verhandlungen zu der Waffenruhe habe man sie nicht ausreichend konsultiert, erklärte aber gleichzeitig, man würde die Waffenruhe nicht brechen, solange man nicht provoziert würde. Das Morden ging ungeachtet der Waffenruhe weiter, wenn auch nicht im selben Maße wie zuvor. Zwischen der Unterzeichnung der Waffenruhe im Februar und dem Truppenabzug aus dem Gaza im August wurden weitere 18 Israelis (davon 4 Minderjährige) und 60 Palästinenser (17 davon Minderjährige) getötet. (*B'Tselem*, 2005)

Anfang August 2005 marschierten israelische Truppen im Gaza-Streifen ein, um die israelischen Siedler, die sich weigerten, das von der Regierung angebotene Kompensationspaket anzunehmen und sich freiwillig anderswo anzusiedeln, von dort zu entfernen. Obwohl vorher prophezeit worden war, dass es vielerorts zu Gewalt und starkem Widerstand kommen würde, konnten alle israelischen Siedler innerhalb weniger Tage

und ohne größeres Blutvergießen aus dem Gaza-Streifen entfernt werden. Die britische und die amerikanische Regierung bezeichneten dies als einen Schritt hin zu einem Frieden. In der Resolution des israelischen Kabinetts, durch die der Abzug aus dem Gaza-Streifen autorisiert worden war, hieß es, es gäbe „keinen verlässlichen palästinensischen Partner, mit dem ein Fortschritt in einem bilateralen Friedensprozess möglich wäre“ und man zöge sich aus dem Gaza-Streifen zurück, um die „Sicherheitslage sowie die politische, wirtschaftliche und demographische Situation zu verbessern“. (Außenministerium Israels, 2004)

Dabei war die demographische Situation nach Ansicht der Israelis das größte Problem. Arnon Soffer, Demograph an der Universität von Haifa und in den Augen der meisten der Schöpfer von Ariel Scharons Teilungsplan, hatte sich in einem Interview in der *Jerusalem Post* im Jahr 2004 zum Wesen der demographischen Bedrohung geäußert. Seiner Ansicht nach war das Angebot, das die Israelis den Palästinensern unterbreiteten, für diese derart inakzeptabel, dass sie vermutlich so lange warten würden, bis sie in den von Israel kontrollierten Gebieten (Israel und die besetzten Gebiete) die Mehrheit bildeten, und dann gleiches Stimmrecht fordern könnten, wodurch die Existenz des Staates Israel als jüdischer Staat bedroht wäre. Wenn nun die 1,3 Millionen Palästinenser im Gaza-Streifen nicht mehr unter israelischer Kontrolle stünden, würde diese Entwicklung für einige Jahre aufgeschoben:

Betrachten wir es einmal aus der Perspektive der Palästinenser. Stellen wir uns vor, Sie und ich seien Arafat und Jassir Abed Rabbo und wir schauen uns die Karte an, um zu sehen, was uns die Juden für unseren Staat zu überlassen bereit sind. Sie wollen uns den Gaza-Streifen geben – der nicht viel mehr ist als ein überfülltes „Gefängnis“. Und dann ist da noch das andere „Gefängnis“, Hebron, und ein weiteres, größeres, namens Samaria. In dem einen leben 1,6 Millionen, in dem anderen 1 Million und in dem dritten 1,5 Millionen Menschen (bald werden es 3 Millionen sein). Jedes dieser „Gefängnisse“ ist vom Rest völlig abgeschnitten. Die Juden werden uns nicht erlauben, eine eigene Armee zu haben, doch wir werden von ihrer mächtigen Armee umzingelt sein. Sie werden uns nicht erlauben, eine Luftwaffe zu haben, doch ihre Luftwaffe wird am Himmel über uns sein. Und sie werden uns kein Rückkehrrecht gewähren. Warum sollten wir ein Abkommen mit ihnen treffen? Warum sollten wir den Staat, den sie uns anbieten, akzeptieren?

Gedulden wir uns noch 10 Jahre, dann werden die Juden nur noch etwa 40 Prozent der Bevölkerung dieses Landes ausmachen, wir aber 60 Prozent. Und da die Welt nicht zulassen wird, dass eine Minderheit eine Mehrheit beherrscht, wird Palästina dann uns gehören. (*Jerusalem Post*, 10. Mai 2004)

Soffer prophezeite, dass die Zeit nach dem Truppenabzug aus dem Gaza-Streifen trostlos und von Gewalt geprägt sein würde, deutete aber auch an, die demographische Situation und die Sicherheitslage in Israel würden sich verbessern und es könne möglicherweise ein „freiwilliger Transfer“ der Palästinenser aus den besetzten Gebieten erreicht werden:

Statt in den Gaza-Streifen einzumarschieren, wie wir es vergangene Woche getan haben, werden wir den Palästinensern einfach sagen, dass wir für jede Rakete, die über den Zaun hinweg auf uns abgeschossen wird, 10 zurückschicken werden, und dass Frauen und Kinder getötet und Häuser zerstört werden. Nach dem fünften derartigen Zwischenfall werden die palästinensischen Mütter ihren Ehemännern nicht mehr erlauben, Kassam-Raketen [auf uns] abzuschießen, weil ihnen klar sein wird, was sie dann erwartet. Und zweitens wird es eine große Katastrophe geben, wenn 2,5 Millionen Menschen im Gaza-Streifen abgeriegelt werden. Diese Menschen werden sich durch einen irrsinnigen, fundamentalistischen Islam noch mehr zu Tieren entwickeln, als es bisher schon der Fall ist. Der Druck auf die Grenzen wird furchtbar werden. Das wird einen schrecklichen Krieg geben. Wenn wir also am Leben bleiben wollen, werden wir töten, töten, töten müssen. Den ganzen Tag lang und das jeden Tag. Wenn wir nicht selbst töten, wird es uns bald nicht mehr geben. (*Jerusalem Post*, 10. Mai 2004)

Er äußerte sich auch zu den Folgen dieser Politik für die israelische Gesellschaft und den langfristigen Auswirkungen auf die Palästinenser:

Das einzige, was mir Sorgen macht, ist die Frage, wie man sicherstellen kann, dass die Jungen und Männer, die das Töten übernehmen müssen, hinterher nach Hause zu ihren Familien gehen können und ganz normale Menschen sind. Die Palästinenser werden einsehen müssen, dass das Demographieproblem nicht mehr von Bedeutung ist, weil wir hier sein werden und sie dort. Und dann werden sie um Gespräche zur „Kon-

fliktbereinigung“ bitten – nicht dieses schmutzige Wort „Frieden“ [...]. Eine unilaterale Abgrenzung ist keine Garantie für „Frieden“ – aber für einen zionistisch-jüdischen Staat, in dem die Juden die überwältigende Mehrheit bilden; sie garantiert die Art von Sicherheit, die dafür sorgt, dass die Touristen wieder in dieses Land kommen und sie garantiert noch eine weitere wichtige Sache. Zwischen 1948 und 1967 war der Zaun ein Zaun und 400.000 Menschen haben das Westjordanland freiwillig verlassen. Und das wird auch nach der Teilung passieren. Wenn ein Palästinenser nicht zum Arbeiten nach Tel Aviv kommen kann, wird er sich im Irak, in Kuwait oder in London umsehen. Ich glaube, viele Menschen werden das Gebiet verlassen. (*Jerusalem Post*, 10. Mai 2004)

Auch Graham Usher beschreibt, was er als Schlüsselrolle der Demographie sowohl beim Rückzug aus dem Gaza-Streifen als auch in der Naturalisierungspolitik Israels sieht:

Die einzige Logik ist die demographische: es geht um die verzweifelte Angst davor, dass Israel, wenn es sich nicht aus dem Gaza-Streifen zurückzieht, irgendwann für die 1,3 Millionen palästinensischen Bewohner verantwortlich sein wird. Die Demographie ist auch die Begründung für die neue Naturalisierungspolitik Israels. Laut dieser erhält jeder Jude auf diesem Planeten die israelische Staatsbürgerschaft, während es drakonische Beschränkungen für Palästinenser – in den besetzten Gebieten oder sonst wo – gibt, die (manchmal sogar buchstäblich) ihre in Israel lebenden Cousins oder Cousinen heiraten. Um es mit Kimmerlings Worten zu sagen: dies ist ein „Herrenvolk“-Gesetz, mit dessen Hilfe ethnische Diskriminierung und rassistische Überlegenheit ganz unverfroren zum Grundstein der Staatsbürgerschaft gemacht werden. Es gibt bereits Pläne, Tausende derzeit „illegal“ in Israel lebender Palästinenser „über die Grenze“ abzuschieben, sobald die Grenze (d.h. der Zaun) fertig gestellt ist. (*Usher*, 2006:20)

Dem Rückzug der Israelis aus dem Gaza-Streifen folgte in den letzten Monaten des Jahres 2005 eine Reihe politischer Erdbeben. Am 10. November wurde Schimon Peres bei der Wahl zum Parteichef der Labor-Partei unerwartet von Amir Peretz, einem Gewerkschaftsführer, geschlagen. Dieser sagte direkt nach seiner Wahl, er wolle die Labor-Partei der Koalition der nationalen Einheit mit der Likud-Partei herauslösen und

Neuwahlen veranlassen. Der Sieg von Peretz kam besonders deswegen überraschend, weil er der erste sephardische Jude war, der zum Anführer einer Partei gewählt wurde, die allgemein als von den Aschkenasim dominiert gilt. Einige Parteimitglieder hofften, auf diese Weise würde sich der Stimmenanteil der Partei bei den Juden aus dem Nahen Osten erhöhen, die traditionell eher die Likud-Partei wählten. Am 22. November wurde eine neue Partei gegründet. Sie trug den Namen *Kadima* („Vorwärts“) und zog sofort Überläufer sowohl von der Likud-Partei als auch von der Labor-Partei an, unter ihnen auch alt gediente Parteipersonlichkeiten wie Schimon Peres und Schaul Mofaz. Erste Meinungsumfragen ergaben, dass die *Kadima* bei den für den 28. März 2006 angesetzten Wahlen stärkste Kraft werden würde. Am 18. Dezember erlitt Ariel Scharon einen leichten Schlaganfall, wurde jedoch kurz danach wieder aus dem Krankenhaus entlassen. Zwei Tage später wurde Benjamin Netanjahu zum neuen Parteichef der Likud-Partei gewählt und versprach, keine weiteren Gebiete an die Palästinenser zurückzugeben, es sei denn, dies sei vorher von den Israelis durch ein Referendum autorisiert worden. Am 4. Januar 2006 erlitt Ariel Scharon einen zweiten, weitaus schwereren Schlaganfall, infolge dessen er im Koma liegt. Seinen Platz als Parteichef der neu gegründeten Kadima-Partei nahm sein Stellvertreter Ehud Olmert ein.

Ende Januar 2006 fanden die Parlamentswahlen der Palästinenser statt, von denen es bereits im Vorfeld hieß, das Ergebnis würde sehr knapp ausfallen. Der Überraschungssieger dieser Wahl, die *Hamas*, übertrumpfte nicht nur erstmals die *Fatah*, es gelang ihr sogar, die Mehrheit der Sitze zu erringen, wodurch sich ihr die Möglichkeit bot, ohne Koalitionspartner zu regieren. Einige Beobachter vertraten die Meinung, das Wahlergebnis sei Ausdruck des Protests gegen den Verfall der *Fatah* oder eine Reaktion auf das Versagen der internationalen Gemeinschaft, den Konflikt mit rechtlichen Mitteln beizulegen. Dazu gehörte vor allem, dass es keinerlei Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft gegeben hatte, nachdem der Internationale Gerichtshof sein Urteil zu den Absperranlagen verkündet hatte. Europa und die USA reagierten sehr negativ auf das Wahlergebnis und drohten damit, der *Palästinensischen Autonomiebehörde* die Gelder zu streichen, sollte die *Hamas* nicht der Gewalt abschwören und den Staat Israel anerkennen. Langfristig lässt sich nur schwer vorhersagen, wohin diese neuen Entwicklungen führen werden. Möglicherweise werden sich die Palästinenser unter der Führung der *Hamas* bei der Su-

che nach neuen Geldgebern stärker Ländern wie dem Iran annähern. In diesem Fall wäre der jetzige Zeitraum nicht nur für die Radikalisierung der Palästinenser von entscheidender Bedeutung, sondern auch für die vieler anderer Gruppen in der muslimischen Welt.

Die Geschichte kennt kein Ende und in diesem Sinne gibt es auch keine abschließenden Worte, die an dieser Stelle gesagt werden könnten. An dieser Stelle der Entwicklung dieses erbitterten Konflikts endet unser Buch ganz einfach. Wir hatten nicht die Absicht, uns mit unserer Darstellung auf eine der beiden „Seiten“ zu stellen oder zu bewerten, was die unterschiedlichen Parteien am besten tun sollten. Wir wollten lediglich die gegensätzlichen Argumente vorstellen und hoffen, mit unserer Arbeit dazu beigetragen zu haben, dass die Teilnehmer am öffentlichen Diskurs zu den Ursachen des Konflikts, den möglichen Lösungen und den dazu nötigen Schritten nun noch besser informiert sind.